

<b>Fraktionsantrag</b>	Vorlagen-Nr.:	<b>VO/7454/2020</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	08.06.2020
Antragstellende Fraktion/en: SPD BfM CDU		

Beratungsfolge:		
<b>Gremium</b> Magistrat Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung Stadtverordnetenversammlung	<b>Zuständigkeit</b> Stellungnahme Vorberatung Entscheidung	<b>Sitzung ist</b> Nichtöffentlich Öffentlich Öffentlich

**Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Ausbildung ist Lebenschance – auch in der Krise**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung sieht mit Sorge die von der Bundesagentur für Arbeit am 3. 6. 2020 veröffentlichten Arbeitsmarktdaten für Marburg, die als Folge der Corona-Krise bereits jetzt einen Anstieg der Arbeitslosigkeit für Marburg feststellen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt als besonders beunruhigend wahr. Ein berufsqualifizierender Abschluss ist eine unverzichtbare Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeitsleben. Die Zukunftschancen junger Menschen dürfen nicht der Corona-Krise zum Opfer fallen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die am 4. 6. bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung, den Ausbildungsmarkt mit erheblichen Mittel zu stützen, um dem drohenden Verlust von Ausbildungsplätzen zu begegnen und sicherzustellen, dass jede\*r Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält.
4. Der Magistrat wird beauftragt, die Entwicklung am Marburger Ausbildungsmarkt laufend zu beobachten und zu prüfen, ob und wie die Universitätsstadt Marburg nach der Sommerpause gegebenenfalls eigene Maßnahmen ergreifen kann. Soweit Mittel aus den von der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellten über- und außerplanmäßigen Mittel für das Programm „Marburg Miteinander“ nicht für das Programm verbraucht wurden, soll geprüft werden, ob und wie diese Mittel für stabilisierende Mittel am Ausbildungsmarkt eingesetzt werden können und der Stadtverordnetenversammlung dazu zu berichten.

Begründung:

Die Corona-Krise stellt uns alle vor ungeahnte und ungekannte Herausforderungen. Bislang ist es gelungen, negative Maßnahmen für die Menschen in der Universitätsstadt Marburg

weitgehend einzudämmen. Dennoch ist es erforderlich, die weitere Entwicklung fortlaufend zu beobachten, um gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen ergreifen zu können. Insbesondere die Entwicklung am Arbeitsmarkt gibt Anlass zur Sorge. Allerdings sind die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen am Arbeitsmarkt außerordentlich gering. Besonders beunruhigend ist ein sich andeutender Rückgang bei den Ausbildungsplätzen. Ein berufsqualifizierender Abschluss ist die wichtigste Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit im weiteren Leben. Gerade junge Menschen müssen vor den Folgen der Krise geschützt werden. Bildung und Ausbildung hat in der Universitätsstadt Marburg traditionell einen hohen Stellenwert. Dies zeigt sich sowohl in den hohen Investitionen in Bildung, gerade auch in die beruflichen Schulen, wie hohe Investitionen in die Adolf-Reichwein-Schule im Bildungs-Bau-Programm BiBaP als auch im besonderen Engagement der Universitätsstadt Marburg im Bereich der Jugendhilfe gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Gerade in der Krise gilt, dieses Engagement aufrecht zu erhalten und die Möglichkeiten der Universitätsstadt Marburg zur Sicherung von Bildungschancengleichheit auszuschöpfen.

**Schaker Hussein**  
**Alexandra Klusmann**  
**Steffen Rink**

**Gabriele Mensing**

**Roger Pfalz**  
**Hermann Heck**  
**Jens Seipp**